

Antworten auf die Wahlprüfsteine für den Bundesverband der Tierversuchsgegner anlässlich der Europawahl 2024



Tierschutzrecht durchsetzen

Das EU-Tierschutzrecht muss von den Mitgliedstaaten zwar eingehalten werden, doch bisher dürfen nur Tiernutzer gegen Behördenauflagen klagen. Unterstützen Sie es, Tierschutzorganisationen zu ermöglichen, Verletzungen des Tierschutzrechts gerichtlich überprüfen zu lassen?

Verletzungen im Tierschutzrecht müssen angeklagt werden. Wir unterstützen daher, dass ein umfassendes Verbandsklagerecht auch für anerkannte Tierschutzorganisationen gilt. Die anerkannten Tierschutzorganisationen sollten Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen und Rechtsverstöße beanstanden können.

Agrarsubventionen umschichten

Unterstützen Sie, mit den Mitteln der Agrarsubventionen der GAP, die gezielte Förderung von Gemeinwohl-Leistungen im Sinne von Tier-, Klima-, Umwelt- und Naturschutz (z.B. Maßnahmen für Biodiversität oder Förderung des Ausstiegs aus der Tierhaltung)?

Wir GRÜNE streben eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der konsequent Leistungen für das Gemeinwohl honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche. Alles nach der Maxime: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von Pestizidanwendung, Düngung, Eiweißpflanzen-Anbau und extensive Grünlandwirtschaft, um sowohl Artenschutz voranzutreiben als auch dem Voranschreiten des Klimawandels vorzubeugen. Der Viehbestand muss reduziert werden, eine industrielle Tierhaltung lehnen wir ab. Der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung muss auf das Nötigste reduziert werden. Die Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, Tierwohl in ihre GAP-Strategiepläne zu übernehmen.

Gesetz für nachhaltige Ernährungssysteme

Die EU-Kommission hat die Verabschiedung des Gesetzesvorschlags für nachhaltige Ernährungssysteme (Sustainable Food Systems Law, FSFS) als zentralen Baustein des Green Deals angekündigt. Werden Sie sich für eine Verabschiedung des FSFS einsetzen?

Das Gesetz für nachhaltige Ernährungssysteme wollen wir wie ursprünglich im Green Deal angekündigt umsetzen, denn während der jetzigen Legislatur blieb es bei der reinen Ankündigung. Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme wollen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit stellen: weniger Tiere und bessere Haltung. Zudem wollen wir etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund und nachhaltig – nach dem Vorbild des Planetary-Health-Ansatzes – zu ernähren.

Tierbestände abbauen

Massentierhaltung und Fleischkonsum heizen Klimawandel, Artensterben und Hunger in der Welt an und bedingen gravierende Gesundheitsprobleme. Planen Sie Förderprogramme zum Abbau von Tierbeständen, beispielsweise für den Umstieg auf den Anbau von Proteinpflanzen?

Industrielle Tierhaltung lehnen wir ab. Sie führt zu Tierleid, hohem Einsatz von Antibiotika und wirkt sich negativ auf Umwelt und Klima aus. Stattdessen wollen wir eine flächenbezogene Tierhaltung. Wir wollen unsere Tierbestände reduzieren, die Haltungsbedingungen verbessern und dafür sorgen, dass

die bessere Haltung ihrer Tiere den Landwirt*innen ein gutes Auskommen ermöglicht. Das Angebot pflanzlicher Produkte wollen wir außerdem vergrößern, leichter zugänglich machen und die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme klimagerecht umstellen. Hierfür verbessern wir die Rahmenbedingungen für pflanzliche Lebensmittel unter anderem durch die Förderung von Forschung und Markteinführung.

Pflanzliche Eiweiße als Lebensmittel

Mehr pflanzliche Eiweiße zu konsumieren, würde ein nachhaltiges Ernährungssystem ermöglichen. Unterstützen Sie den Aktionsplan für eine Steigerung der Erzeugung und des Verzehrs pflanzlicher Eiweiße, wie ihn das EP für die EU-Eiweißstrategie gefordert hatte?

Ja. Um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können, braucht die EU eine Eiweißstrategie mit effizienten Zulassungsverfahren, die den Selbstversorgungsgrad bei Gemüse, Nüssen und pflanzlichen Proteinen erhöht.

Tierversuche reduzieren

Im Jahr 2019 starben in den EU-Mitgliedsstaaten fast 12 Millionen Tiere in Tierversuchen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Anerkennung von tierversuchsfreien Methoden zu beschleunigen und noch fehlende Verfahren zu entwickeln?

Die EU sowie die Mitgliedstaaten brauchen endlich konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen. Experimente an Tieren für Kosmetik müssen beendet werden. Die Ausstiegspläne sollen außerdem Tierversuche für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte wo immer möglich stoppen und die Anzahl von Tierversuchen in Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung reduzieren. Die Entwicklung, Anerkennung und Anwendung tierfreier Methoden in der Praxis muss gestärkt und beschleunigt werden, zum Beispiel durch explizite Förderung von tierversuchsfreien Bildungs- und Ausbildungsinitiativen. Nach Anerkennung sollen diese unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle von Tierversuchen treten. Dort, wo noch nicht vollständig auf Tierversuche verzichtet werden kann, müssen sie für die Tiere so schonend wie möglich umgesetzt werden. Außerdem fordern wir, dass die in der EU geltenden Standards auch für Importe aus anderen Teilen der Welt gelten.

Übergang tierversuchsfreie Wissenschaft

Um einen Übergang zu tierversuchsfreier Wissenschaft zu erreichen, müssen schnellstmöglich eine Roadmap erarbeitet und ein EU-weites Kompetenznetzwerk gegründet werden. Die EU-Kommission hat u.a. die EPAA hier beauftragt. Wie unterstützen & beschleunigen Sie?

Wir unterstützen den Plan zur Gründung eines EU-weiten Kompetenznetzwerks, damit Tierversuche für wissenschaftliche Zwecke wo möglich eingeschränkt werden. Ebenso halten wir an dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel fest, eine Reduktionsstrategie zu Tierversuchen vorzulegen. Der europäische Austausch zu Forschung der NAMs (New Approach Methodologies) wollen wir im Rahmen der europäischen Forschungsförderung gezielt stärken. Dadurch wollen wir darauf hinwirken, dass derzeit verpflichtend vorgeschriebene, regulatorische Tierversuche (bspw. im Arzneimittelrecht oder der Medizinproduktverordnung) durch alternative Ansätze ersetzt werden können. Wichtig ist uns dabei, dass dies dem Stand der Wissenschaft entspricht und die größtmögliche Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt gewährleistet wird.

Verbot schwerbelastender Tierversuche

Tierversuche der Kategorie schwer dürfen nach Art.55 Abs.3 der EU-Tierversuchs-RiLi nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. In der Realität werden sie jedoch in größerem Maßstab durchgeführt. Verfolgt Ihre Partei ein Verbot dieser schwerbelastenden Tierversuche?

Wir streben auf europäischer Ebene die konsequente Reduktion von Tierversuchen in der Wissenschaft an und wollen Rechtssicherheit für die Forschung schaffen. Dafür wollen wir bestehende Umsetzungsprobleme angehen, mit allen beteiligten Akteur*innen an einer zukunftsorientierten tierfreien Forschung arbeiten und Investitionen in tierfreie Innovationen fördern.

Antworten auf die Wahlprüfsteine für die Eurogroup for Animals anlässlich der Europawahl 2024



Die EU-Tierschutzgesetzgebung ist stark veraltet und die Mitgliedstaaten haben sehr unterschiedliche Rechtslagen. Werden Sie sich für eine Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung mit höheren Standards für Haltung und Schlachtung sowie für eine Kennzeichnung tierischer Produkte einsetzen?

Ja. Die Kommission muss dringend die versprochenen Vorschläge für Gesetze zur Tierhaltungskennzeichnung und zum Tierwohl von Nutztieren vorlegen. Tierschutzförderungen wollen wir verpflichtend in den Strategieplänen der Mitgliedstaaten verankern. Wir fordern europaweit mehr Tierschutz bei der Schlachtung sowie bessere Arbeitsbedingungen für die Belegschaft. Was den Tierschutz angeht, fordern wir, dass die EU-Regelungen mehr Detailinformationen zu den Kontrollen auf Schlachthöfen gibt, und die Umsetzung europaweit konsequenter kontrolliert wird. Wir wollen, dass Personen, die Schlachtvorgang beteiligt sind, regelmäßige Schulungen zur notwendigen Fachkunde vorweisen müssen.

Aktuell arbeitet das Europäische Parlament an einer Überarbeitung der Tiertransportverordnung. Werden Sie ein Verbot von Lebendtierexporten in außereuropäische Drittstaaten einbringen und sich für strengere Regeln für Schiffstransporte und eine Verkürzung der Transportzeiten einsetzen?

Tiere sind kein Transportgut! Wir setzen uns für deutlich kürzere Transporte ein und dafür, dass Fleisch statt lebender Tiere transportiert wird. Das Be- und Entladen sollte als Teil des Transports eingestuft werden und eine Begrenzung der Transportzeit auf maximal acht Stunden ohne Pause halten wir für angemessen. Über die EU-Grenzen hinaus müssen die Tiere genauso geschützt werden. Wir möchten daher durchsetzen, dass Drittstaaten dieselben Standards bei Tiertransporten erfüllen wie die EU-Mitgliedstaaten. Transporte in schwer kontrollierbare Regionen wollen wir unterbinden. Darüber hinaus sollte auch die Haltung und Schlachtung der Tiere im Zielland unseren Tierschutzstandards entsprechen, wozu entsprechende Zertifizierungen oder Handelsabkommen erarbeitet und ausgehandelt werden müssen.

1,4 Mio. Menschen haben in der Europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ eine Beendigung der Käfighaltung gefordert. In Europa ist das, insbesondere für Legehennen und Sauen, noch immer gängige Praxis. Werden Sie sich für eine Abschaffung der Käfighaltung in Europa einsetzen?

Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass sie Tiere als Lebewesen mit ihren natürlichen Bedürfnissen respektiert. Es gibt massive Defizite in der Haltungsform von Tieren. Eine Haltung von zu vielen Tieren auf engstem Raum führt zu Tierleid und überhöhtem Antibiotikaeinsatz, was mit der Bildung von Resistenzen und negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit einhergeht. Wir GRÜNE unterstützen die Forderungen der EU-Bürgerinitiative „End the cage age“ und wollen in ganz Europa einen Kurswechsel und ein „Aus“ der Käfighaltung. Denn unter anderem Bio-Standards zeigen, dass Tierhaltung auch anders geht. Landwirt*innen müssen beim Umbau der Tierhaltung aber gezielt finanziell unterstützt werden und die angehobenen Standards müssen auch gleichermaßen von Importen eingefordert werden.

Noch immer sind grausame Betäubungsmethoden wie CO2-Betäubung bei Schweinen und elektrische Wasserbadbetäubung bei Geflügel gängige Praxis. Werden Sie sich für humanere Methoden bei der Schlachtung einsetzen?

Humanere Schlachtungsmethoden sind essenzieller Bestandteil einer nachhaltigen Tierhaltung. Wir werden uns vehement für ein Ende der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von Küken einsetzen.

Aktuell fällt Tierschutz in die Zuständigkeit der Kommissarin für Gesundheit. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es eine:n explizite:n EU-Kommissar:in für Tierschutz gibt?

Wir GRÜNE wollen Tieren ein würdevolles, gutes und gesundes Leben ermöglichen, frei von Schmerzen, Angst und Stress. Wir wollen, dass die EU alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen schützt. Deshalb machen wir uns für Tierschutz als EU-Gemeinschaftsziel, eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in der EU-Kommission und EU-Fördergelder für Tierschutz stark.

Aktuell werden Fische und Wassertiere in Aquakultur nicht durch EU-Gesetze geschützt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Vorschriften zur Haltung und Schlachtung von Tieren auch für Fische und Wassertiere aus Aquakultur gelten?

Ja, wir werden uns weiter dafür einsetzen und auf bereits erfolgten Bemühungen aufbauen. In den Verhandlungen zum EU-Fischereifonds haben wir GRÜNE uns zum Beispiel dafür eingesetzt, dass es Subventionen für den Schutz und die Wiederherstellung von Gebieten inklusive natürlicher Kohlenstoffspeicher sowie für Meeresforschung und Tierwohl in Fischerei und Aquakultur geben soll. Subventionen soll es nur unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen geben; nicht um zu Überfischung oder Zerstörung beizutragen. Wir setzen uns für Schulungen der Kontrollbehörden und des Fischfarmpersonal ein, um die Einhaltung von Tierschutz zu gewährleisten. Für die Gemeinsame Fischereipolitik fordern wir, dass den Erfordernissen zum Wohlergehen der (Wasser-)Tiere in vollem Umfang Rechnung getragen wird, besonders in Hinblick auf Fangmethoden.

Noch immer werden viel zu viele Wildtiere als Heimtiere in die EU eingeführt, die nicht unter artgerechten Bedingungen gehalten werden können. Werden Sie sich für die Einführung einer EU-weiten Positivliste für Heimtiere einsetzen, die bestimmt, welche Tiere gehalten und gehandelt werden dürfen?

Ja, wir setzen uns für eine Positivliste für den Handel und die Haltung von Exoten ein, denn derzeit sind die nationalen Gesetze sehr unterschiedlich, was es für die EU-Mitgliedstaaten erschwert, den EU-weiten Handel in den Griff zu bekommen.

Die Erstellung einer EU-weiten Positivliste für Haustiere könnte erheblich dazu beitragen, den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten sowie den Tierschutz und die öffentliche Gesundheit und Sicherheit zu wahren. Wir GRÜNE setzen uns darüber hinaus für die konsequente EU-weite Umsetzung internationaler Artenschutzabkommen, insbesondere CITES, ein.

Um illegalem Welpenhandel vorzubeugen und um verlorene Haustiere wieder zu ihren Menschen zurückzubringen, ist eine EU-weite Verpflichtung zur Kennzeichnung und Registrierung von Katzen und Hunden notwendig. Werden Sie sich dafür einsetzen?

60% der Hunde und Katzen werden über das Internet gekauft. Die mangelhafte Rückverfolgbarkeit in diesem Handel führt zu Gesundheitsrisiken für Tier und Mensch. Wir unterstützen eine generelle EU-weite Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht von Hunden und Katzen, da hierdurch der unkontrollierte und zum Teil illegale Handel mit Hunden und Katzen eingedämmt werden könnte, da die Herkunft eines Tiers beim Kauf einfacher festzustellen wäre. Darüber hinaus fänden viele Tiere zurück zu ihren Besitzer*innen und Tierheime würden entlastet.